

# DEMOKRATIE – BÜRGERRECHTE – INTEGRATION

JETZT. FÜR MORGEN.



[GRUENE-NIEDERSACHSEN.DE](http://GRUENE-NIEDERSACHSEN.DE)

**GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT SCHAFFEN**

Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren erheblich verändert. Das tradierte Geschlechterverhältnis ist aufgebrochen, und eine Vielzahl neuer Lebensstile hat sich entwickelt.

GRÜNE Frauenpolitik hat diese Entwicklung mit vorangetrieben, sie orientiert sich an der Vielfalt der Lebensentwürfe von Frauen (und Männern).

Zielvorstellung ist für uns GRÜNE eine gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht die gleichen Chancen gesellschaftlicher Teilhabe, der eigenständigen Existenzsicherung und Selbstverwirklichung haben.

Trotz der Erfolge von Frauenbewegung und Gleichstellungspolitik: Noch heute ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf meist ein Thema von Frauen. Die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit ist weiter aktuell.

Und das Recht auf körperliche und sexuelle Selbstbestimmung wird viel zu häufig missachtet. Frauenpolitik ist deshalb als Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche notwendig.

Gender Mainstreaming muss konsequent angewendet werden – in der Innen-, Justiz-, Bildungs-, Wirtschafts-, Finanz- und auch Umweltpolitik. Jede geplante Maßnahme und jedes Gesetz sind darauf zu untersuchen, wie sie sich auf Männer und Frauen auswirken.

Ziel muss sein, Benachteiligungen rechtzeitig festzustellen und sie auszugleichen. So soll die rechtliche und gesellschaftliche Gleich-

stellung der Geschlechter hergestellt werden. Selbstverständlich gehört dazu auch die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen in der Politik.

Für uns GRÜNE war es schon immer selbstverständlich, dass mindestens die Hälfte der Abgeordneten weiblich ist.

Wir wollen das Landeswahlgesetz so verändern, dass die Plätze auf einer Landesliste jeweils abwechselnd an Männer und Frauen vergeben werden. Eine gleichberechtigte Vertretung von Frauen sollte auch für die Landesregierung gelten.

Wir fordern daher, dass mindestens die Hälfte des Kabinetts von Frauen besetzt wird.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die kommunalen Frauenbeauftragten faktisch abgeschafft. Das ist eine fatale Fehlentwicklung! Nur für große Kommunen, also Kreise und kreisfreie Städte, sind nun Gleichstellungsbeauftragte vorgeschrieben. Ohne die Arbeit der Beauftragten können die Kommunen den Anforderungen einer modernen Frauenpolitik aber nicht gerecht werden. Wir wollen die Gleichstellungsarbeit in allen Gemeinden und Städten stärken, denn nach wie vor ist das Instrument der Frauenbeauftragten unverzichtbar.

Kommunale Gleichstellungspolitik muss frei sein für die parteiliche Interessenvertretung der Frauen ihrer Kommune – und unabhängig von den jeweiligen politischen Mehrheiten der Räte und Kreistage!



### Mädchen und junge Frauen fördern

In Schule und Beruf: Für Mädchen und junge Frauen ist Bildung heute selbstverständlich. Formal ist der gleiche Zugang zu Bildung für Frauen erreicht.

Mädchen erzielen im Vergleich zu Jungen vielfach sogar deutlich bessere Leistungen in der Schule. Und auch an den Hochschulen setzt sich dieser Trend fort.

Viele junge Frauen nutzen die guten Abschlüsse aber nicht für einen Berufseinstieg, der ihnen auch finanzielle Unabhängigkeit ermöglicht.

Die "typischen" Frauenberufe werden noch heute schlecht bezahlt und ermöglichen kaum einen beruflichen Aufstieg. Zukunftsfähige Berufe finden sich oft im technisch-naturwissenschaftlichen Feld.

Sie werden aber nur dann gewählt, wenn sie frauen- und familienfreundlicher werden. Dazu müssen im Vorfeld gezielte Aktivitäten erfolgen auf allen Ebenen – ob Kita, Schule oder Hochschule. Dafür setzen GRÜNE sich ein.

Gleichzeitig wollen wir durch gezielte Mädchenarbeit, Mädchen und junge Frauen ermutigen, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und sich selbstbewusst auch für neue Lebensentwürfe zu entscheiden.

Wir brauchen mehr als die drei Pilot-Mädchenhäuser in Hannover, Oldenburg und Osnabrück.

### Arbeitswelt – mehr Chancen für Frauen

Nach wie vor ist die Erwerbsbeteiligung der Frauen gering und viele von ihnen besetzen Teilzeitstellen. Sie können ihre Existenz deshalb selten eigenständig sichern. Eine zukunftsfähige Wirtschaft kann es sich auf Dauer nicht leisten, Zugangs- und Aufstiegsbarrieren für Frauen aufrecht zu erhalten – schon aufgrund der demografischen Entwicklung. Auch die Politik ist gefordert, den Abbau dieser Schranken zu unterstützen. Auf Landesebene muss die Politik dafür sorgen, dass Fördermittel und -maßnahmen Frauen verstärkt und dauerhaft in den Arbeitsmarkt integrieren. Darum wollen wir Wirtschaftsförderung daran knüpfen, dass Unternehmen eine aktive Frauenförderung betreiben.

### Vereinbarkeit von Familie und Beruf

GRÜNE wollen, dass Frauen (und Männer) am Erwerbsleben teilnehmen und eine eigenständige Existenz sichern können – ohne auf Kinder verzichten zu müssen.

Wir brauchen deshalb eine Infrastruktur, die allen Eltern eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung garantiert und die unterschiedlichen Wünsche und Bedürfnisse von Eltern sowie Kindern berücksichtigt.

Dieser Anspruch wird inzwischen auch von der Großen Koalition in Berlin formuliert. Dabei versucht die Ministerin von der Leyen der CDU ein modernes Profil in der Familienpolitik zu verschaffen.



Der Streit über die Zahl der erforderlichen Krippenplätze (500.000 oder mehr oder weniger) verdeckt aber, dass noch völlig offen ist, wer diese Krippenplätze finanziert. Wir fordern von der Landesregierung, dass sie konkrete finanzielle Zusagen für den Ausbau der Krippenplätze macht – und nicht mit dem Finger auf die Kommunen zeigt. Es ist wie im Märchen bei den Gebrüdern Grimm: Nicht der Duft der Suppe macht satt, sondern erst die Suppe selbst. Mütter und Väter brauchen real existierende Betreuungsangebote für ihre Kinder und zwar jetzt!

#### Frauen und Hochschule

An den Hochschulen erbringen Frauen exzellente Leistungen. Trotzdem sind sie in höheren Positionen nach wie vor eklatant unterrepräsentiert. Wir wollen Frauen auf allen Ebenen des Wissenschaftsbetriebs gleichberechtigt vertreten sehen. Dieses Ziel soll nachhaltig verfolgt werden durch entsprechende Fördermaßnahmen wie zum Beispiel gezielte Mentoring-Programme. Gleichstellungsbeauftragte an den Hochschulen müssen unabhängig arbeiten können.

Notwendig ist Frauen- und Geschlechterforschung, die die Kategorie Geschlecht (Gender) zum Gegenstand wissenschaftlicher Arbeit macht. Die Zentren für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung sowie Gender-Studiengänge sind wichtige Ansatzpunkte, um Frauen- und Genderforschung an den niedersächsischen Hochschulen zu etablieren.

#### Frauengerechte Gesundheitspolitik

Die individuellen und gesellschaftlichen Lebenswelten von Männern und Frauen unterscheiden sich auch im Umgang mit dem eigenen Körper. Über geschlechtsspezifische Erkrankungen wie Essstörungen oder Magersucht (stille Süchte bei Mädchen und jungen Frauen) wird inzwischen sehr ausführlich informiert und diskutiert. Trotzdem fehlen immer noch ausreichende niedrigschwellige, zielgruppenspezifische Beratungs- und Therapieangebote. Sie sollen auch eine kritische Auseinandersetzung mit dem medizinischen Versorgungsangebot ermöglichen. Diese gilt es auf- und auszubauen. Das Land muss entsprechende Angebote fördern.

#### Pflegeleistungen gerecht verteilen

Ein großer Teil der Pflegeleistung wird im familiären Rahmen überwiegend von Frauen erbracht, die ihr eigenes berufliches Engagement zurückstellen, ihre Arbeitszeit reduzieren oder zeitweise ganz aus dem Beruf ausscheiden. Wir setzen uns ein für eine gerechte Verteilung der familiären Pflegeleistung zwischen den Geschlechtern und fordern eine gesellschaftliche Neubewertung. Privatwirtschaft und öffentlicher Dienst sind am Zug: Sie müssen wegen der demografischen Entwicklung die Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Beruf ermöglichen. Aber auch die Pflege älterer Familienangehöriger muss mit einer Berufstätigkeit



vereinbart werden können. Dies gilt sowohl für weibliche als auch für männliche Beschäftigte.

### Vor Gewalt schützen

Gewalt gegen Mädchen und Frauen ist auch heute noch die häufigste Form der Menschenrechtsverletzung. Die Palette reicht von der sexistischen Darstellung von Frauenkörpern in der Öffentlichkeit über physische, psychische und sexuelle Gewalt im sozialen Nahbereich bis hin zum organisierten Frauenhandel. Gewaltschutz für Frauen muss deshalb als Pflichtaufgabe des Landes verlässlich gefördert werden. Bestehende Beratungsangebote müssen in ihrer Vielfältigkeit erhalten und gesichert werden. Der flächendeckende Ausbau der Beratungs- und Interventionsstellen (BISS) muss mit angemessener Personalausstattung erfolgen und darf nicht zu Lasten anderer, insbesondere niedrigschwelliger Beratungsangebote gehen.

Wir wollen gerade Mädchen und junge Frauen stärken, damit sie ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben führen können.

Zentrales Ziel der niedersächsischen Integrationspolitik muss die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund sein. Es geht um ihre Chance ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben zu führen. Dies gilt insbesondere für Frauen, die von häuslicher Gewalt oder einer Zwangsheirat bedroht sind.

### WELTOFFENES NIEDERSACHSEN

Niedersachsen ist ein Einwanderungsland. Jahrzehntlang wurde diese Tatsache verdrängt oder gar bewusst geleugnet – und so eine wirksame Integrationspolitik verhindert. Viel zu spät machen sich Deutschland, das Land Niedersachsen und viele Kommunen auf den Weg, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Chancen der Zuwanderung zu nutzen und Integrationsdefizite endlich auszugleichen.

Integrationspolitik gehört zu den wichtigsten Querschnittsaufgaben der Landespolitik. Das ist zu berücksichtigen beim Entwickeln von Politikkonzepten, insbesondere auch bei Personal- und Organisationsentscheidungen.

GRÜNE wollen den Migrantinnen und Migranten in Niedersachsen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Voraussetzung für eine gelungene Integration ist die wechselseitige Anerkennung. Sie muss beruhen auf den Werten und Regeln der demokratischen Rechtsordnung, die in unserer Verfassung fixiert sind. Integration gelingt nur dort, wo Diskriminierung erfolgreich bekämpft wird – ob im Arbeitsleben, in Bildung und Ausbildung oder auf dem Wohnungsmarkt. Fremdenfeindlichkeit ist nicht nur an den Rändern unserer Gesellschaft anzutreffen. Um die Feindseligkeit zu bekämpfen, muss in demokratischen Strukturen individuelles gesellschaftliches Engagement gestärkt werden. Unsere Demokratie kann es sich nicht leisten, große Teile der Bevölkerung von politischer



Teilhabe weitgehend auszuschließen. Deshalb sollte einerseits das Erreichen der deutschen Staatsbürgerschaft, deren Erlangung erleichtert werden muss auch in Form der Doppelstaatsangehörigkeit, von Beginn an als Ziel der Integrationspolitik anerkannt werden. Wir setzen uns außerdem für ein kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Ausländer ein, die sich seit mindestens fünf Jahren legal in Deutschland aufhalten. Wir streben an, dass künftig an niedersächsischen Landtagswahlen auch nichtdeutsche Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union teilnehmen können, wenn sie längere Zeit in Deutschland leben.

#### Integration durch bessere Bildung

Der Erfolg der gesellschaftlichen Integration hängt in entscheidendem Maße von der Teilhabe am Erwerbsleben ab. Deshalb sind die Anerkennung von im Ausland erworbener beruflicher Qualifikationen zu verbessern und die Bildung von Kindern aus Einwandererfamilien zu fördern. Die erschreckend hohe Quote der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund offenbaren die Defizite des niedersächsischen Bildungssystems.

Das GRÜNE Modell der Neuen Schule verbessert die Chancen der Schülerinnen und Schüler aus Einwandererfamilien.

GRÜNE wollen wirksame Angebote zur Spracherziehung im vorschulischen und schulischen Bereich und auch in diesem Zu-

sammenhang die Einbeziehung der Eltern in den Bildungsprozess ihrer Kinder stärken. Die muttersprachliche Bildung unterstützt das Erlernen der deutschen Sprache und soll, auch als Wertschätzung der kulturellen Herkunft, intensiver als bisher gefördert werden. Mehrsprachigkeit allgemein soll mehr unterstützt und besser gefördert werden.

#### PRAXISBEISPIEL: „RUCKSACKMÜTTER“

In vielen niedersächsischen Städten laufen erfolgversprechende Projekte wie die "Rucksackmütter", mancherorts auch "Stadtteilmütter" genannt. Das Modell kommt aus den Niederlanden. Die "Rucksackmütter" sind Migrantinnen, die dazu ausgebildet werden, in den Kindertagesstätten ihres Stadtteils Elterngruppen zu leiten.

Die Anbindung an die Kindertagesstätte gewährleistet den sozialräumlichen Bezug. Sie ermöglicht darüber hinaus die Zusammenarbeit mit professionellen Erzieherinnen und Erziehern und das Eingehen auf individuelle Probleme von Familien.

Diese Modelle erfüllen eine wichtige Brückenfunktion zwischen Einwanderinnen und Einwanderern, die sich hinwenden zu ihren ethnischen Gemeinden und der Stadtgesellschaft.



Ob die gesellschaftliche Integration glückt, hängt entscheidend von den Chancen auf dem Arbeitsmarkt ab. Deshalb müssen im Ausland erworbene berufliche Qualifikationen besser anerkannt werden.

In den Fokus gehört auch die Bildung der Kinder aus Einwandererfamilien. Zahlreiche Kinder mit Migrationshintergrund verlassen die Schule ohne Abschluss.

Die erschreckend hohe Quote offenbart die Defizite des niedersächsischen Bildungssystems.

GRÜNE wollen Angebote zur Spracherziehung machen – für Kinder vor der Einschulung, aber auch für Schülerinnen und Schüler. Und auch die Eltern müssen in die Bildung ihrer Kinder stärker einbezogen werden.

#### **Internationalität ausbauen**

Niedersachsen muss sein internationales Profil schärfen. So erhöht das Land seine Anziehungskraft für Investitionen aus dem Ausland, gefragte Fachkräfte und ausländische Touristen. In diesem Zusammenhang gewinnt die wachsende Zahl der Unternehmensgründungen von Migrantinnen und Migranten an Bedeutung. Ihr Engagement wird für die Entwicklung der Wirtschaft in unserem Lande immer wichtiger – und auch für die Bereitstellung betrieblicher Ausbildungsplätze.

Wir wollen sie unterstützen mit gezielter Beratung zur Existenzgründung und Betriebsführung.

Zur Internationalisierung Niedersachsens müssen auch die interkulturellen Kompetenzen in der Landesverwaltung gestärkt werden. Die Landesbehörden und -betriebe sollen eigene Strategien der interkulturellen Öffnung und Internationalisierung für ihre Geschäftsbereiche entwickeln. Hierbei sollen ausdrücklich auch Menschen mit Migrationshintergrund Stellen im öffentlichen Dienst besetzen.

Die Integrationspolitik des Landes muss als Querschnittsaufgabe definiert werden. Es gilt einzelne Maßnahmen besser zu koordinieren und aufeinander abzustimmen. Bei der Entwicklung integrationspolitischer Konzepte sollen Migrantenorganisationen beteiligt werden. Die Verantwortung für die Integrationspolitik des Landes soll von der Staatskanzlei wahrgenommen werden.

Internationalität bietet neue Anknüpfungspunkte für die Belebung der Kulturszene in unseren Städten und Gemeinden und kann auf diesem Wege die Lebensqualität und die Attraktivität des gesamten Landes steigern. Kulturelle Aktivitäten dienen auch der Integration und können einen Weg zur interkulturellen Verständigung aufzeigen.

Wir wollen, dass in der Kulturförderung stärker als bisher Kulturschaffende mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden.



### Religiöse Vielfalt begleiten

Einwanderung hat die religiöse Vielfalt in unserem Land verändert. Wir setzen auf gegenseitige Anerkennung, interreligiöse Dialoge und eine gelingende soziale, politische und kulturelle Integration. Generalisierende Abwertungen religiöser Kulturen lehnen wir genauso ab wie Glaubensinhalte und Glaubenspraktiken, die den Prinzipien der Gerechtigkeit und Demokratie entgegenstehen.

GRÜNE wollen den Ausbau des derzeit noch als Schulversuch konzipierten Islamischen Religionsunterrichts, solange es noch getrennten religiösen Schulunterricht gibt und die Stärkung der Religions- und Islamwissenschaften in Niedersachsen. Beides wird der sozialen Wirklichkeit gerecht, dass Musliminnen und Muslime heute die größte Gruppe unter den eingewanderten und konvertierten Religionsangehörigen bilden.

### Flüchtlinge schützen

Die Flüchtlingspolitik der CDU/FDP-Landeregierung dient der Abschreckung und missachtet humanitäre Grundsätze. Wir wollen eine großzügige gesetzliche Regelung für die Ausländerinnen und Ausländer, die seit Jahren mit einem ungesicherten Aufenthaltsstatus in Niedersachsen leben. Und wir wollen die Voraussetzungen für die Härtefallberatungen deutlich verbessern. Die Bleiberechtsregelung soll nicht allein von der Sicherung des

Lebensunterhalts abhängen. Außerdem muss die Residenzpflicht aufgehoben werden. Alleinerziehende, Kinder, Alte, Behinderte und Kranke benötigen unseren besonderen Schutz. Das gilt in besonderem Maße für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge.

Wir wollen die Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Niedersachsen verbessern. Ein wichtiger Schritt ist die Auflösung der zentralen Abschiebelager in Braunschweig, Oldenburg und Bramsche. Außerdem muss das Wertgutscheinsystem abgeschafft werden, um zu einer Barauszahlung der Hilfen zum Lebensunterhalt zurückzukehren.

Die Politik muss auch das Ziel verfolgen, Papierlosen (Menschen, die weder einen Aufenthaltstitel noch eine Duldung besitzen) Hilfe und Beratung anzubieten. Insbesondere geht es dabei um die Garantie von Menschenrechten auf Gesundheit, schulische Bildung und den Schutz vor Ausbeutung.

Die Flüchtlingssozialarbeit wollen wir mit verlässlichen Vorgaben langfristig finanziell sichern. Hierbei muss insbesondere die interkulturelle Kompetenz von Migrantinnen und Migranten genutzt werden. Unterstützung verdienen die vielfältigen privaten, kirchlichen und sozialen Initiativen, die Flüchtlingen Schutz und Hilfe bieten. Dort wo es bisher nicht geschehen ist, müssen die Ausländerbehörden ihre Arbeit stärker auf die Unterstützung von Flüchtlingen ausrichten und sich stärker mit der Flüchtlingssozialarbeit vernetzen.



### Europa stärken

Der europäische Integrationsprozess hat entscheidend dazu beigetragen, dass weite Teile Europas in Frieden leben können und Menschenrechte und demokratische Regeln beachtet werden. Wir GRÜNE wollen eine starke Europäische Union und engagieren uns auf allen politischen Ebenen für eine Fortsetzung der europäischen Einigung. Die GRÜNEN sind mit der Gründung der EUROPÄISCHEN GRÜNEN – in Niedersachsen mit dem grenzüberschreitenden Regionalverband Grenzenlos Grün und Sozial mit der niederländischen Partei GROENLINKS – mit gutem Beispiel voran gegangen. Das geeinte Europa wird nur dann erfolgreich sein, wenn es stärkere Unterstützung durch die Bürgerinnen und Bürger erfährt. Dazu bedarf es einer transparenten Europapolitik auf einer neuen Grundlage, die die Europäische Union handlungsfähiger, demokratischer und sozialer macht. Europa braucht eine Verfassung legitimiert durch ein Referendum.

Die Europapolitik wurde in den vergangenen Jahren von der schwarz-gelben Landesregierung stark vernachlässigt. Ministerpräsident Wulff hat Europa zwar zur Chefsache erklärt, dann aber offensichtlich das Interesse an diesem bedeutsamen Feld verloren. Trotz der starken Verflechtungen der niedersächsischen Wirtschaft mit den Staaten der Europäischen Union ist eine Europastrategie des Landes nach wie vor nicht erkennbar. GRÜNE wollen die wirtschaftlichen Chancen der europäischen Integration nutzen und für eine Europäische Union werben, die

ihr weltpolitisches Gewicht für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung, für friedliche Konfliktlösungen und internationale Strategien zum Schutz der Umwelt einsetzt.

Niedersachsens Westen soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit unseren niederländischen Nachbarn intensivieren und besonders beim Schutz der Nordsee besser kooperieren. Die deutsch-niederländische Grenzregion kann ein gutes Beispiel für eine Europäische Union werden, bei der nationale Grenzen an Bedeutung verlieren.

GRÜNE wollen das Europäische Informationszentrum Niedersachsen (EIZ) stärken, um die Idee des vereinten Europas besonders bei der jungen Generation zu verankern. Möglichst viele niedersächsische Schulen sollen als Europa-Schulen mit Bildungseinrichtungen in anderen EU-Staaten kooperieren. Die europäischen Austauschprogramme für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende müssen in Niedersachsen intensiver genutzt werden. Jeder Jugendliche soll Erfahrungen im europäischen Ausland sammeln können.

### Metropolregionen entwickeln

Seit zwei Jahren formieren sich die Regionen Hannover-Braunschweig-Göttingen und Bremen-Oldenburg zu Metropolregionen von europäischer Bedeutung. Diese Initiativen verdienen



vom Land mindestens die gleiche Unterstützung, wie Niedersachsen der Metropolregion Hamburg zukommen lässt. Nur so können die neuen Metropolregionen die Konkurrenzfähigkeit der niedersächsischen Standorte im europäischen Wettbewerb unterstützen. Die Metropolregionen müssen vor Ort städtische und ländliche Räume stärker verbinden. Strukturschwächere Gebiete dürfen nicht abgehängt werden und angrenzende Regionen müssen besser in die Planungen einbezogen werden.

#### **GLEICHE RECHTE FÜR SCHWULE UND LESBEN**

Das Lebenspartnerschaftsgesetz war ein Meilenstein, um Schwule und Lesben als selbstverständlichen Teil unserer Gesellschaft anzuerkennen. Aber es muss weitergehen. Wir wollen die volle Gleichstellung! Dazu müssen Erb- und Adoptionsrecht geändert werden. In jeder achten gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft wachsen Kinder auf. Sie erleben tagtäglich, dass Schwule und Lesben verantwortliche Eltern sind.

Diese Regenbogenfamilien haben ein Recht auf Anerkennung. Ziel GRÜNER Politik ist es, dass Schwule und Lesben ohne Angst vor Diskriminierung und Ablehnung in dieser Gesellschaft leben können. Der Weg zur völligen Akzeptanz ist noch lang. Wir wollen ihn verkürzen.

Die Situation von jungen Schwulen, Lesben und Bisexuellen macht es gerade im ländlichen Raum notwendig, die Arbeit der

Schulen und der Jugendarbeit für die Chancen und Probleme homosexuellen Lebens zu öffnen. Häufig fehlt es gerade im Alltag an Orientierung und Beratung für Jugendliche. In einer besonders schwierigen Situation befinden sich zudem viele Migrantinnen und Migranten.

Die Schule kann und muss einen wichtigen Beitrag zur Identitätsbildung leisten. Kaum eine Soap-Serie kommt ohne homosexuelle Paare aus, aber in niedersächsischen Schulbüchern wird Homosexualität völlig ausgeklammert. An unseren Schulen gibt es für schwule und lesbische Schülerinnen und Schüler keine offiziellen Ansprechpartner. Wir wollen die Aus- und Fortbildung für Beratungslehrer in diesem Bereich voranbringen.

Darüber hinaus wollen wir die psychosozialen Dienste umfassend qualifizieren – vornehmlich in ländlichen Regionen. Gleichzeitig soll die schwul-lesbische Selbsthilfe besser unterstützt werden.

#### **SICHERHEIT ODER FREIHEIT? WIR WOLLEN BEIDES!**

Schünemann ist zu weit gegangen. Mehrfach hat der Innenminister mit seinen Gesetzesinitiativen die Verfassung gebrochen. Die FDP hat mitgemacht. Das Bundesverfassungsgericht hat die grenzenlose Überwachung gestoppt. Auch wir wollen Sicherheit schaffen, denn sie ist eine unverzichtbare Voraussetzung für eine freizügige Gesellschaft. Die Bedrohung durch den Terrorismus nehmen wir ernst – ebenso wie die Herausforderung, ihn zu



bekämpfen. In dieser Auseinandersetzung wollen wir beides: Anschläge verhindern und Freiheit bewahren. Für uns ist klar, dass nur solche Mittel in der Terrorismusbekämpfung gewählt werden dürfen, die nicht Schritt für Schritt in den Überwachungsstaat führen. In einer offenen, demokratischen Gesellschaft schützen wir Menschenleben sowie Gesundheit und bewahren Freiheit und Recht.

#### **Mehr Transparenz und Mitwirkung ermöglichen**

Demokratie erfordert durchschaubare und nachvollziehbare Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen. Das Parlament selbst muss hier als Vorbild dienen. Wir wollen, dass die Ausschüsse des Landtags grundsätzlich öffentlich tagen. GRÜNE möchten öffentliche Petitionen ermöglichen und die Befragung von Regierungsmitgliedern als parlamentarisches Instrument einführen.

#### **Für eine bürgernahe Polizei**

Schwarz-Gelb hat Niedersachsen nicht sicherer gemacht. Scharfe Gesetze und gleichzeitig Sparen bei der Polizei – das passt nicht zusammen. Die nach bayerischem Vorbild durchgesetzte "Polizei-reform" werden wir kritisch überprüfen. Hilfspolizistinnen und Hilfspolizisten, in Form sogenannter Bürgerstreifen, sind eine der irrwitzigsten innenpolitischen Erfindungen der letzten Jahre. Den

entsprechenden Modellversuch werden wir umgehend beenden.

Wir wollen eine bürgernahe Polizei, die gemeinsam mit Initiativen und Verbänden in kommunalen Präventionsräten ganzheitliche Konzepte für mehr Sicherheit erarbeitet und umsetzt. Das niedersächsische Polizeigesetz werden wir von den Angriffen der CDU/FDP-Landesregierung auf unsere Grundrechte befreien. Das flächendeckende Erfassen öffentlicher Orte per Videoüberwachung lehnen wir genauso ab wie verfassungswidrige Lauschangriffe auf unsere Wohnungen. Wir werden von unseren Hochschulen keine Spitzeldienste zur vorbeugenden Terrorbekämpfung verlangen.

Wo immer wir in Niedersachsen die Zuständigkeit und Möglichkeit haben, werden wir das Überwachen der elektronischen Kommunikation einschränken. Nicht alles, was technisch machbar ist, darf im Rechtsstaat angewendet werden.

Wir wollen eine gut ausgebildete Polizei, die rechtssicher agiert und den Schutz der Grundrechte nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis zum Leitziel ihres polizeilichen Handelns macht. Wir lassen nicht locker: Zur Polizeiuniform gehört verpflichtend der Name oder eine Kennzeichnung, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, Polizeibeamte und Beamtinnen im Dienst namentlich zu identifizieren.

Eine Polizeiakademie als Nachwuchsschmiede für den Vollzugsdienst lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir das Curriculum dem



einer normalen Fachhochschule angleichen. Studierende sollen erst nach Abschluss ihrer Ausbildung verbeamtet werden. Wir wollen ihnen die üblichen Möglichkeiten einer Studienfinanzierung, also vor allem Bafög, anbieten.

Einen Schwerpunkt in der Nachwuchswerbung wollen wir darauf legen, mehr Migrantinnen und Migranten für den Polizeivollzugsdienst zu gewinnen. Außerdem muss die interkulturelle Kompetenz ausgebaut und vorhandene besser genutzt werden.

#### Absage an den Schnüffelstaat

Datensicherheit und verlässlicher Datenschutz sind Grundlage und Motor für neue Informationstechnologien. Moderner Datenschutz schützt Grundrechte, Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir werden das niedersächsische Datenschutzgesetz an die technologische Weiterentwicklung anpassen und die Daten der Bürgerinnen und Bürger besser vor der staatlichen Datensammlung schützen.

Wir wollen mehr vom Staat wissen. Deswegen wird es mit uns auch für Niedersachsen ein Informationsfreiheitsgesetz geben. Die Kompetenzen des Datenschutzbeauftragten als Beratungs- und Dienstleistungsinstanz für den öffentlichen und privaten Bereich werden wir ausbauen.

### PROJEKT: DIGITALE GESELLSCHAFT

Sicher in die digitale Gesellschaft – neues Bewusstsein für Datenschutz schaffen. Der Computer durchdringt mittlerweile alle Lebensbereiche: Biometrie, RFID, Scoring oder Phishing. Es wirbeln die Daten, es wirbelt im Kopf. Um die Chancen und Risiken der neuen digitalen Möglichkeiten zu bewerten, wollen wir das Projekt "Sicher in der digitalen Gesellschaft" starten – zusammen mit Schulen, Universitäten und der interessierten Fachöffentlichkeit.

Die Arbeit des Verfassungsschutzes und der Einsatz geheimdienstlicher Mittel sind auf echte Bedrohungslagen zu konzentrieren und gesetzlich entsprechend zu begrenzen. Wir halten an der strikten Trennung von Polizei und Geheimdiensten fest und werden den Verfassungsschutz als Landesamt reorganisieren.

#### Opferhilfe ausbauen

Wir begreifen die Justiz als Dienstleistungsbetrieb, der seine Aufgaben bürgernah und mit sozialer Kompetenz wahrnimmt. Um eine moderne Kultur der Konfliktlösung zu unterstützen,



wollen wir: Die außergerichtliche Streitschlichtung ausbauen, die gerichtsnahe Mediation verankern und den Täter-Opfer-Ausgleich fortsetzen.

Wieder einführen werden wir das bürgerfreundliche Widerspruchsverfahren, weil es den Menschen ein kostengünstiges Rechtsmittel an die Hand gibt. Darüber hinaus entlastet das Verfahren die Verwaltungsgerichte.

Insbesondere für viele Frauen gehört Gewalt nach wie vor zum Alltag – ob in der Partnerschaft, am Arbeitsplatz oder in der Öffentlichkeit. Gewaltschutz muss daher als Pflichtaufgabe des Landes verlässlich gefördert werden. Beratungs- und Schutzangebote müssen in ihrer Vielfalt erhalten und gesichert werden.

Der Staat darf Opfer von Gewalt nicht länger allein lassen. Sie brauchen Hilfe und angemessene Entschädigung. Ein fester Anteil von Geldstrafen muss Einrichtungen der Opferhilfe zugute kommen. Die Ansprüche der Geschädigten müssen Vorrang haben vor der Vollstreckung von Geldstrafen.

Vor allem minderjährigen Opfern ist grundsätzlich anwaltlicher Beistand zu garantieren. Besondere Hilfe brauchen Menschen, die einen ungesicherten Aufenthaltsstatus haben. Dabei ist es gleich, welche Form der Kriminalität sie erleiden mussten – ob rassistische Angriffe, Menschenhandel oder erzwungene Prostitution. Sie dürfen nicht durch eine Abschiebung daran gehindert werden, ihre Rechte wahrzunehmen.

### Keine Privat-Gefängnisse

Niedersachsens Strafanstalten sind so voll wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Angesichts einer teilweise menschenunwürdigen Überbelegung und ihrer problematischen Folgen für Gefangene und Vollzugsbedienstete gerät der wirksamste Schutz vor Kriminalität, die soziale Wiedereingliederung von Strafgefangenen, mehr und mehr aus dem Blickfeld. Statt Millionen Euro für neue Gefängnisse auszugeben, benötigen wir eine intelligente Kriminalpolitik, die die Ursachen für Straftaten, etwa die Kriminalisierung von Drogensucht, erkennt und Alternativen zur Freiheitsstrafe ausbaut. Der permanenten Überbelegung wollen wir mit konsequenter Haftvermeidung, Ausbau des offenen Vollzugs und Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit begegnen. Hilfsangebote der Bewährungs- und Entlassenenhilfe, mit denen ein erneutes Abrutschen in die Kriminalität verhindert werden kann, wollen wir ausbauen.

Ein moderner Vollzug braucht gut qualifizierte und angemessen besoldete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Weiterbildung und Beförderungschancen der Vollzugsbediensteten müssen dauerhaft verbessert werden. Eine Privatisierung des Strafvollzugs lehnen wir ab. Therapie und Hilfe für inhaftierte Drogenabhängige und Alkoholranke sind zu verstärken. Die Ausbreitung von HIV und Hepatitis unter Gefangenen gehört wirksam bekämpft. Schließlich wollen wir ein eigenes Landesgesetz zum Jugendvollzug, das eine enge Zusammenarbeit von Jugendsozialarbeit, der



Jugend- und Bewährungshilfe mit dem Strafvollzug vorsieht. Die Herausbildung krimineller Karrieren muss frühzeitig verhindert werden.

### NIEDERSACHSEN GEGEN RECHTS

Der Rechtsextremismus verschont auch Niedersachsen nicht. Das zeigen die Demonstrationen rechter Kameradschaften und einige Erfolge der NPD bei der letzten Kommunalwahl.

Wir fordern die Wiederaufnahme des NPD-Verbotsverfahrens. Dazu müssen die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Verfahren geschaffen werden.

Die bei einzelnen konservativen Politikerinnen und Politikern fehlende Distanz zum rechten Rand ist auch deshalb gefährlich, weil dann rechtsextreme Themen gesellschaftsfähiger werden. Alle demokratischen Parteien müssen sich konsequent und eindeutig vom Rechtsextremismus distanzieren. Rechtsextreme Parteien haben keinerlei Toleranz verdient, denn sie vertreten rassistische und menschenverachtende Thesen und stehen nicht auf dem Boden des Grundgesetzes.

Der beste Schutz gegen braune Propaganda ist politische Bildung und das Stärken demokratischer Strukturen. Wir wollen ein landesweites Bildungs- und Informationsprogramm gegen Rechts auflegen, das auf unterschiedliche Zielgruppen eingeht und

nicht nur Jugendliche im Blick hat. Denn Fremdenfeindlichkeit und antidemokratische Einstellungen finden sich bedauerlicherweise in allen Altersgruppen und gesellschaftlichen Schichten. Das Stärken jeglicher demokratischer Jugendkultur ist deshalb fundamentaler Bestandteil des Kampfes gegen Rechts, um das Nachwachsen rechter Ideen zu verhindern.

Das Eintreten gegen Rechtsextremismus darf nicht nur Aufgabe des Verfassungsschutzes und der Ermittlungsbehörden sein. Unsere Politik wird es sich zur Aufgabe machen, eine aktive und wachsame Zivilgesellschaft zu stärken.

Im Hinblick auf die Unterstützung lokaler Initiativen im Kampf gegen Rechtsextremismus werden sich die GRÜNEN landesweit konsequent für breite Bündnisbildungen zusammen mit Vereinen, Verbänden und demokratiefördernden Institutionen einsetzen.

### GLOBAL DENKEN – LOKAL HANDELN

#### Globaler Verantwortung gerecht werden

Ein weltoffenes Niedersachsen ist sich seiner globalen Verantwortung bewusst. Es gilt, auf allen Ebenen so zu wirtschaften und zu leben, dass diese Erde für nachfolgende Generationen erhalten bleibt. Niemandem – auch nicht den Menschen ferner Kontinente – dürfen wir die Lebensgrundlagen entziehen.



Bereits auf dem großen Nachhaltigkeitsgipfel 1992 in Rio ist mit der Agenda 21 deutlich gemacht worden, dass es auf allen Ebenen größter Anstrengungen bedarf, um dem globalen Klimaschutz und der weltweiten Gerechtigkeit näher zu kommen. In vielen Kommunen haben sich daraufhin Initiativen für eine Lokale Agenda 21 gebildet.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die finanzielle Förderung für die Agenda-21-Arbeit der Kommunen eingestellt. Bis auf einen kläglichen Rest haben CDU und FDP auch die Unterstützung für die developmentpolitische Bildungsarbeit auf Landesebene zusammengestrichen.

Diesen Trend wollen wir umkehren! GRÜNE setzen sich dafür ein, dass Niedersachsen wieder mehr Mittel für die entwicklungs- und umweltpolitische Bildungsarbeit bereitstellt. Außerdem sollen bei allen Entscheidungen die Konsequenzen für den globalen Umweltschutz und die Nord-Süd-Gerechtigkeit bedacht werden. Wir wollen dass im öffentlichen Beschaffungswesen Produkte aus dem fairen Handel bevorzugt und Erzeugnisse boykottiert werden, die in ausbeuterischer Kinderarbeit oder unter Missachtung anderer internationaler Sozial- und Umweltstandards produziert wurden.

Die Partnerschaft Niedersachsens mit der südafrikanischen Provinz Eastern Cape gilt es auszubauen und auf eine breitere Ebene zu stellen.

Es darf nicht nur die Wirtschaft davon profitieren – sondern alle gesellschaftlich relevanten Gruppen müssen einbezogen werden.

### Mehr Kommune

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat den Kommunen zu Beginn ihrer Amtszeit viel versprochen, aber wenig gehalten:

- Kürzungen der Steuerverbundquote und andere Eingriffe haben den finanziellen Handlungsspielraum der Kommunen eingeschränkt.
- Die Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen wurden massiv eingeschränkt und damit auch der Weg frei gemacht, Kernaufgaben der Daseinsvorsorge wie die Wasserver- und Abwasser- und Müllentsorgung dem Einflussbereich der kommunalen Politik zu entziehen und gewinnorientierten Privatunternehmen zu überlassen.
- Die Landesregierung hat groß angekündigt, Aufgaben der aufgelösten Bezirksebene auf Gemeinden und Kreise zu verlagern. Letztendlich ist aber nur ein kümmerlicher Rest auf die kommunale Ebene übergegangen. Statt Zuständigkeiten auf die Kommunen zu verlagern, wurden nur die Türschilder der meisten Ämter der ehemaligen Bezirksregierungen ausgewechselt.



- Das Land hat den Kommunen per Gesetz vorgegeben, bis 2011 ein neues Rechnungswesen einzuführen, verweigert aber diese durchaus sinnvolle Neuerung auch auf Landesebene anzuwenden.

Wir wollen starke Städte, Gemeinden und Landkreise, die in der Lage sind, die Herausforderungen der Zukunft mit innovativen Lösungen zu meistern. Dazu benötigen die Kommunen eine ausreichende Beteiligung an den Steuereinnahmen und auch bestimmenden Einfluss auf die wichtigen Aufgabenfelder der lokalen Daseinsvorsorge.

Bestrebungen zu Privatisierungen in den Kernbereichen der Daseinsvorsorge erteilen wir eine klare Absage. Es gibt inzwischen zahlreiche Beispiele, wo private, gewinnorientierte Betriebe die notwendigen Investitionen in das Wasserleitungsnetz jahrelang vernachlässigt – und damit gesundheitliche Risiken in Kauf genommen haben.

Wir treten dafür ein, dass auch die Abfuhr, Behandlung und Deponierung des Hausmülls in kommunaler Verantwortung bleibt. Nur so sind zum Beispiel mit Gebührenstaffelungen Anreize zur Müllvermeidung zu setzen.

GRÜNE Politik setzt auf direkte Demokratie. Die Einwohnerinnen und Einwohner und die gewählten Mitglieder in Räten und Kreistagen sollen möglichst viele Entscheidungen auf der

lokalen Ebene treffen. Wir wollen die Zulassungsbedingungen für Bürgerentscheide deutlich erleichtern und den Katalog der Entscheidungsthemen erweitern.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die Position der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte übermäßig gestärkt. Wir wollen die achtjährige Amtszeit der Hauptverwaltungsbeamten wieder auf die fünfjährige Wahlperiode der Gremien absenken. Und wir wollen die unsinnigen Altersgrenzen abschaffen beim passiven Wahlrecht für diese Führungspositionen. Die Wählerinnen und Wähler sollen selbst entscheiden, ob man auch einer 18- oder einem 66-Jährigen die Führung einer Kommunalverwaltung zutraut.

Im Kommunalwahlrecht ist die Möglichkeit von Listenverbindungen wieder einzuführen.

Gestiegene Mobilität, technologischer Wandel, alternde Bevölkerung: Diese Entwicklungen erfordern von den niedersächsischen Kommunen ein höheres Maß an regionaler Zusammenarbeit und die Bereitschaft zu neuen Kooperationsformen.

Viele Aufgaben wie Verkehrsplanung, Abfallwirtschaft oder Wirtschaftsförderung können oft sinnvoller und effizienter auf regionaler Ebene organisiert werden.

Wir wollen eine offensive Nutzung der modernen Kommunikationsmittel, damit viele kommunale Dienstleistungen ortsnäher erbracht werden können.



Die interkommunale Zusammenarbeit muss künftig gefördert werden. Eine Fusion von Landkreisen und die Neuregelung der Stadt-Umland-Beziehungen in den Ballungsräumen kann Kommunalpolitik stärken und die Standortbedingungen verbessern. Gebietsreformen werden wir nur dann zustimmen, wenn diese Bestrebungen auch auf der lokalen Ebene ausreichend Unterstützung finden.

#### Lebendige Innenstädte

Wir wollen lebendige Innenstädte, Ortskerne und Stadtteilzentren und sehen den Einzelhandel als guten Verbündeten.

Wir unterstützen Lösungen zur Aufwertung innerstädtischer Quartiere für Wohnen und Gewerbe.

GRÜNE wollen Ladenöffnungszeiten nicht allgemein freigeben, sondern regional differenzierbare Lösungen. Verbessern wollen wir die Bedingungen für den klein- und mittelständischen Einzelhandel in den Kernlagen.

Für Standorte auf der sprichwörtlichen grünen Wiese werden wir die Wiedereinführung der vorherigen Öffnungszeiten von 6 bis 20 Uhr durchsetzen.

Nur in Ortskernen und Stadtteilzentren sollen Geschäfte länger öffnen dürfen – auf Beschluss der zuständigen kommunalen Räte.

#### Bürgerschaftliches Engagement

Nicht nur mit Blick auf den demografischen Wandel brauchen wir aktive Bürgerinnen und Bürger, die helfen und sich einmischen – und so unsere Gesellschaft gestalten.

Da sind verlässliche Rahmenbedingungen erforderlich, die dazu beitragen, dass gesellschaftliches Engagement gefördert, entwickelt und vernetzt wird. Wir wollen eine bessere Absicherung hierfür im Sozialsystem.

Ehrenamtliche Tätigkeit muss sich in höheren Rentenanwartschaften niederschlagen. Auf Landesebene wollen wir durch eine EhrenamtsCard mit umfassenden Vergünstigungen Anreize für bürgerschaftliches Engagement schaffen.

#### FÜR EINE NACHHALTIGE FINANZPOLITIK

Die soziale Gerechtigkeit und die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft stehen für uns bei der Finanzpolitik im Fokus.

Wir wollen den Landeshaushalt so gestalten, dass auch künftige Generationen Handlungsspielräume haben.

Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht auf eine transparente Haushaltsführung. Schattenhaushalte und Buchungstricks sind mit uns nicht zu machen.



## PROJEKT: BÜRGERHAUSHALT

Wir wollen aus dem Landeshaushalt einen "Bürgerhaushalt" machen. Dieser soll Entscheidungen transparent und Schatthaushalte sichtbar machen. Wir wollen die Öffentlichkeit nachvollziehbar informieren über künftige Forderungen und Verbindlichkeiten. Beim Aufstellen des Haushalts sollen die neuen Erfahrungen mit Bürger- und Beteiligungshaushalten genutzt werden. Bürgerinnen und Bürger müssen besser über Haushalt und Finanzen informiert werden. Wir wollen in den Kommunen das Aufstellen von Bürger- und Beteiligungshaushalten erleichtern und fördern. Für wichtige Entscheidungen streben wir auch im Land ein Beteiligungsverfahren an.

Trotz gestiegener Steuereinnahmen: Nach Jahren verfehlter Wirtschafts- und Finanzpolitik leidet unser Land unter einer angespannten Finanzlage. Zinsen für mehr als 50 Milliarden Euro Schulden belasten den Etat und für die steigenden Pensionslasten wurden keine Rücklagen gebildet.

Wir machen uns stark für den Erhalt eines handlungsfähigen Staates, der dazu in der Lage ist, wichtige Zukunftsinvestitionen im Bereich der Bildung, Forschung, Kinderbetreuung sowie der ökologischen Infrastruktur zu realisieren. Wir dürfen deshalb keine Steuergelder für ökologisch und ökonomisch unsinnige

Großprojekte verschwenden. Ein Beispiel ist die kostspielige Skihalle in der Lüneburger Heide. Für die langfristige Handlungsfähigkeit Niedersachsens ist es aber entscheidend, die Einnahmen des Landes strukturell zu verbessern.

Insbesondere Großkonzerne und vermögende Privathaushalte sollen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Dazu machen wir uns stark für die Wiedereinführung einer verfassungskonformen Vermögensteuer für private Haushalte. Eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer soll Erbschaften in Millionenhöhe stärker besteuern. Der Bundesrechnungshof hat bei der Besteuerung so genannter Einkommensmillionäre Steuerausfälle festgestellt. Das können wir nicht hinnehmen. GRÜNE wollen deshalb den Prüfrhythmus erhöhen sowie Außenprüfung und Steuerfahndung ausbauen. Wir wollen die Schulden des Landes konsequent abbauen. Aber: Keine wichtigen Zukunftsinvestitionen dürfen einer kurzfristigen Sparpolitik zum Opfer fallen.

Wir wollen mit einem nationalen Entschuldungsfonds und einem neuen Rechnungswesen die Altlasten und verdeckten Kreditaufnahmen vergangener Regierungen beseitigen. Gelingt es, die aufgehäuften Schulden als Sonderlast zu überwälzen und aus den eigentlichen Etatansätzen heraus zu nehmen, verspricht das nicht nur erhebliche Einsparungen beim Zinsmanagement, weil die Refinanzierung aller öffentlichen Haushalte gemeinsam zu günstigeren Konditionen erfolgen könnte.



Die Finanzverflechtungen und Mischfinanzierungen zwischen Bund und Ländern müssen zugunsten klarerer Verantwortlichkeiten aufgebrochen werden. Länder und Kommunen profitieren von einer stärkeren Finanzautonomie.

Die Konsolidierung des Landeshaushalts erfordert auch eine bessere Organisation der Landesverwaltung. So weit das Land Aufgaben mit Flächenbezug in der Ortsinstanz erfüllt, können diese durch neu zu gründende Ämter für Umwelt und Regionalentwicklung oder kommunale Körperschaften effizienter wahrgenommen werden. Die so genannten Regierungsvertretungen als Reste des ehemals dreistufigen Verwaltungsaufbaus haben keine fachliche Funktion und sind aufzulösen.

Niedersachsen braucht ein einheitliches öffentliches Dienstrecht. Die unterschiedlichen Bedingungen für Angestellte, Beamtinnen und Beamte sind so auszugestalten, dass eine Annäherung bei Arbeitsmodalitäten und Bezahlung erreicht werden kann.

### **WAHLRECHT AB 14**

Als Grüne in Niedersachsen setzten wir uns für bessere Möglichkeiten der Partizipation junger Menschen an der politischen Meinungsbildung ein. Daher möchten wir das Alter für das aktive Wahlrecht zu Landes- und Kommunalwahlen mindestens auf 14 Jahre und das passive Wahlalter auf 16 Jahre absenken.

